Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht 3.00 Mk. monatl. 4.50 Mk. vierteljährl. Bei unsern Filialen u. Annahmestellen abgeholt 3.00 Mk. monatl., 4.50 Mk. vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 5.40 Mk., monatl. 1.80 Mk. ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnements-Annahme: Johannisgasse 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis 10 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Tel.-Anschl. { 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Tel.-Anschl. { 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr Gesamtauflage 5 Mk. p. Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Druck und Verlag von Fischer & Kürsten. Inhaber: Paul Kürsten.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, 1 (Telephon 4621).

Nr. 352. Mittwoch, den 20. Dezember 1911. 105. Jahrgang.

Unsere gestrige Abendausgabe umfaßt 8 Seiten, die vorliegende Morgennummer 24 Seiten, zusammen

32 Seiten.

Das Wichtigste.

* Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Königliche Verordnung, die die beiden Häuser des Landtags auf den 15. Januar 1912 einberuft.

* Die „Nordd. Allgem. Ztg." fährt mit der Veröffentlichung des Reichshaushaltsetats für 1912 fort. (S. d. bes. Artikel Seite 1.)

* In der französischen Deputiertenkammer wurde am Dienstag die Debatte über das deutsch-französische Abkommen fortgesetzt. (S. Letzte Dep. Seite 3.)

* Der Lustspieldichter Hugo Lubliner ist am Dienstag im Alter von 65 Jahren in Berlin gestorben. (S. Kunst u. Wissensch. Seite 21.)

* In einem Kaliwerk bei Hüpstedt (Eichsfeld) wurden bei einem Gerüsteinsturz drei Arbeiter getötet. (S. Tageschr. Seite 21.)

Ungenauigkeit und kurzes Gedächtnis.

Dem Wolffschen Telegraphenbureau wird eine Ungenauigkeit in der Uebertragung der Rede, die der französische Minister des Aeußern am Donnerstag in der französischen Deputiertenkammer gehalten hat, nachgewiesen. Nach der französischen Wiedergabe der Rede hat de Selves von „échange du Togo et d'une bande du Cameroun" gesprochen, während das Wolffsche Telegraphenbureau dem französischen Minister die Erklärung in den Mund legte: der deutsche Staatssekretär v. Kiderlen Wächter habe Herrn Cambon gesagt, „Deutschland sei bereit, in einen Austausch in Togo und Kamerun einzuwilligen." Die genauere Uebersetzung wäre wohl gewesen: „Austausch von Togo und eines Streifens von Kamerun"; die Wolffsche Uebersetzung hat den „Streifen" von Kamerun nicht zur Geltung kommen lassen, andererseits den Eindruck erweckt, als wenn auch nur von einem Teile Togos die Rede gewesen wäre. An sich ist die Sache nicht sehr wichtig, doch wird bekanntlich ein Strohhalm bedeutsam, „ist Ehre im Spiel". Wäre der französische Wortlaut in der Absicht der Irreführung oder Beschönigung von einer deutschen Regierungsstelle geändert worden, so wäre das aufs schärfste zu verurteilen.

Vom Standpunkt der praktischen Politik würde eine kleine Aenderung vielleicht nicht großen Belang haben, aber die Regierung sollte wissen, wie solche Dinge in der deutschen Oeffentlichkeit aufgenommen werden. Es besteht nun einmal die Neigung, jede Meldung und überhaupt jede Handlung des Wolffschen Bureaus unmittelbar auf das Konto der Regierung zu setzen; von der Regierung aber verlangt der deutsche Kritiker Wahrhaftigkeit bis zum Letzten. Hätten wir ein parlamentarisches System und die Regierung wäre einfach der Ausschuß der Mehrheit, so wäre es anders; die in der Mehrheit zusammengefaßten Parteien und die hinter ihnen stehenden Volkskreise würden dann gegenüber der Regierung die gleiche Nachsicht zeigen, die sie heute gegenüber Parteiinstanzen, Verbandsvorsitzenden usw. an den Tag legen; diese Stellen nämlich können in der Auslegung und der Gruppierung von Tatsachen eine weitgehende Willkür betätigen, ohne daß in den Reihen der Anhänger vernehmbarer Widerspruch erfolgt, man glaubt eben, daß solche Maßnahmen durch das Parteiinteresse gerechtfertigt würden. Vom ethischen Standpunkt ist es erfreulich, daß wenigstens an eine Stelle, die Regierung, die höchsten Anforderungen mit Bezug auf Wahrhaftigkeit gestellt werden. Sie sollte sich bemühen, diesen Anforderungen zu entsprechen. Allerdings ist es ein schwer erträglicher Zustand, wenn für jede Meldung eines Telegraphen- und Korrespondenzbureaus die Regierung verantwortlich gemacht wird. Es ist ein Köhlerglaube — aber er ist verbreitet —, daß jede Nachricht des Wolffschen Bureaus vor ihrer Ausgabe einer Regierungsbehörde, womöglich dem Kanzler oder einem Staatssekretär, vorgelegt wird. Wenn man erführe, von wie bescheidenen journalistischen Persönlichkeiten oft solche Meldungen redigiert sind, die das Mißfallen erregen, würde die Kritik wohl ihren Stachel einziehn.

Eine absichtliche Veränderung des Textes der französischen Ministerrede hätte besonders wenig Sinn gehabt. Denn, daß einmal eine Kombination, in der die Abtretung von Togo an Frankreich enthalten war, eine Rolle gespielt hat, ist von deutscher Seite längst zugegeben worden. Als der erste Artikel des Kongoabkommens in der Budgetkommission erörtert wurde, erklärte der Staatssekretär nach den damals veröffentlichten Berichten auf eine Anfrage, ob eine Abtretung von Togo in Frage gekommen sei, daß theoretisch eine ganze Anzahl von Kombinationen erörtert worden seien; ernstlich sei über eine Abtretung von Togo nicht verhandelt worden; dagegen sei verhandelt worden über gewisse Grenzregulierungen in Togo, jedoch seien diese Verhandlungen nicht zu Ende gekommen, weil man den Vertragsabschluß nicht weiter verzögern wollte. In der berühmten Zusammenfassung der deutschen Absichten, die die „Münchener Neuesten Nachrichten" bereits am 31 August veröffentlichten, war Togo als „gutgehender Kleinkramladen" oder, wie der Berliner sagt, „ein Kellergeschäft" bezeichnet worden. Ein Blick auf die Karte Afrikas zeigt, daß der Gedanke, Togo dranzugeben, um das ganze französische Kongogebiet zu erlangen, vom Standpunkt der afrikanischen Machtpolitik der Großzügigkeit nicht entbehrte. Die deutsche Regierung hat, wie es heißt, vor dem Widerspruch der kolonialen Kreise, die an unserer „Musterkolonie" hängen, die Segel gestrichen. Diese Nachgiebigkeit war unter dem Gesichtspunkte richtig, daß die Regierung ihre Stellung gegenüber dem eigenen Lande und namentlich gegenüber den Kolonialfreunden sich nicht noch mehr erschweren wollte. Ob sie ihr nicht später von andern Kolonialfreunden zum Fehler angerechnet werden wird, ist eine Frage für sich. Die Stimmung kann rasch umschlagen.

Auch der Wunsch nach einer deutschen wirtschaftlichen Einflußzone in Marokko, den der französische Minister des Auswärtigen erwähnt hat, ist in den Beratungen der Budgetkommission des Deutschen Reichstags bereits behandelt worden. Auf eine Anfrage des Zentrums, ob hinsichtlich Marokkos durch Deutschland wirtschaftliche Sonderrechte verlangt, diese aber abgelehnt worden seien, erwiderte der Staatssekretär, es handle sich hier um ein falsches Gerücht, das folgendermaßen entstanden sei: Zu Beginn des Jahres sei die französische Regierung an die deutsche Regierung mit der Anregung herangetreten, in Ausführung des Abkommens vom Februar 1909 eine Verständigung herbeizuführen. Der Gedanke war der, daß die beiden Regierungen die Interessenten zu einer Verständigung untereinander anhalten sollten. Diejenige Gruppe, die jedesmal den Zuschlag erhielte, sollte 30 Prozent an die Gruppe des andern Landes abgeben. Der französischen Regierung seien dann aber Bedenken gekommen, daß ihr im eigenen Lande Vorwürfe wegen einer Begünstigung einer gewissen Gruppe gemacht werden könnten. Man habe dann lange Zeit nichts mehr davon gehört. Es haben dann bekanntlich Ministerwechsel stattgefunden. Bei den Marokkoverhandlungen sei sodann von deutscher Seite auf die französische Anregung zurückgegriffen worden. Es wurde vorgeschlagen, daß bei Bauten, die ein französisches Interesse beträfen, den Franzosen 70 Prozent, den Deutschen 30 Prozent zufallen sollten, umgekehrt in dem Minengebiet, wo deutsche Interessen vorwalten, den Deutschen 70 Prozent, den Franzosen 30 Prozent. Auch jetzt sei die Sache wegen gleicher französischer Bedenken nicht zustande gekommen. Der Staatssekretär teilte weiter mit, daß in Verfolgung desselben Gedankens die Bestimmung über die Reihenfolge der Bahnbauten getroffen sei: nämlich erst Tanger-Fes vor Casablanca-Fes; in Bezug auf das Minengebiet sei gesichert, daß zunächst die Bahnen im Sus gebaut werden. Damit erledige sich die falsche Angabe, daß wir Sonderrechte verlangt, diese aber abgelehnt worden seien.

Man braucht diese Darstellung nicht für erschöpfend zu halten, sie gibt sich als einen Auszug aus einem Auszuge. Man kann auch behaupten, daß schon damals der Staatssekretär eine weitgehende deutsche Nachgiebigkeit enthüllt habe; aber man soll sich nicht so stellen, als ob eine deutsche amtliche Aeußerung zu der Frage der wirtschaftlichen Sondervorteile in Marokko bis heute noch nicht ergangen sei. —n.

Reichshaushaltsetat 1912.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung setzt die Mitteilungen über den Aufbau des Reichshaushalts für 1912 fort, und bemerkt zunächst:

Der Bundesrat hat aus dringenden geschäftlichen Gründen vor Weihnachten über den Etat Beschluß gefaßt, und es entspricht dem Brauche, der unter dem Beifall der gesamten Presse seit mehreren Jahren befolgt ist, daß nunmehr ohne Verzug der ganze Inhalt des Entwurfs nach einheitlichen Grundsätzen publiziert wird. Sonst würde die Presse wiederum auf die verstreuten und widerspruchsvollen Angaben angewiesen sein, über die so oft geklagt ist. Die von einigen Seiten vertretene Annahme, daß mit der Veröffentlichung im gegenwärtigen Augenblick besondere Zwecke verfolgt würden, ist also ohne Berechtigung. Man wird nicht erwarten dürfen, daß dem deutschen Volke das Ergebnis der Beschlüsse des Bundesrates um deswillen vorenthalten wird, weil die Wahlen bevorstehen.

Die Gestaltung des

Außerordentlichen Etats

für 1912 wird am besten durch einen Vergleich mit den Ansätzen des Vorjahres erläutert. Im Jahre 1911 betrugen die außerordentlichen Ausgaben insgesamt 216 975 817 ℳ, und zwar für die Kaiserliche Marine 108 909 917 ℳ, für Festungsbau 18 689 400 ℳ, für die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung 5 Millionen ℳ, für Kleinwohnungen 2 Millionen ℳ, für die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals 48 Mill. Mark, für Post und Telegraphie 22 Mill. Mark, für Reichseisenbahnen 12 376 500 ℳ. Von dem Gesamt-soll mit 216 975 817 ℳ gehen ab die gesetzlichen Beträge für Schuldentilgung mit 114 946 565 ℳ und die kleineren Rückeinnahmen mit 4 529 246 ℳ, insgesamt 119 475 811 ℳ, so daß als Anleihesoll 97 500 006 ℳ verbleiben. Nach dem Etatentwurf für 1912 werden die außerordentlichen Ausgaben insgesamt 134 473 100 ℳ betragen, und zwar: für die Kaiserliche Marine 82 570 000 ℳ, für Festungsbau 16 761 300 ℳ, für Kleinwohnungen 4 000 000 ℳ, für Post und Telegraphie 22 000 000 ℳ, für die Reichseisenbahnen 9 138 800 ℳ. Von dem Gesamt-soll mit 134 473 100 ℳ gehen ab Beträge für Schuldentilgung mit 85 264 929 ℳ und die kleineren Rückeinnahmen mit 5 449 799 ℳ, insgesamt also 90 714 728 ℳ, so daß als Anleihesoll verbleiben 43 758 372 ℳ. Danach verringern sich die außerordentlichen Ausgaben im Jahre 1912 gegen 1911 um 82 502 717 ℳ, und zwar vorwiegend dadurch, daß die Ausgaben für die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-kanals (für 1912 42 000 000 ℳ) und für die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung, sowie Teile der Ausgaben für die Marine und für Festungsbau auf den ordentlichen Etat übergeleitet worden sind. Anderseits vermindert sich die gesetzliche Tilgungssumme, weil die in § 1 des Finanzgesetzes vom 15. Juli 1909 vorgeschriebene Abbürdung des Fehlbetrages des Jahres 1909 bereits in dem Rechnungsjahre 1911 zu Ende geführt wird. Somit stellt sich das Anleihesoll im Jahre 1912 um 53 741 634 ℳ niedriger als im Jahre 1911.

Oesterreich-Ungarn und seine italienische Grenze.

Von **Oberstleutnant Frobenius.**

Es ist wohl erklärlich, daß sich die Augen unserer österreichischen Bundesgenossen in den letztvergangenen Jahren mehr und mehr mit gespannter Aufmerksamkeit der italienischen Grenze zuwenden. Seitdem Italien in Algeciras seinen Verbündeten, das Deutsche Reich, im Stich ließ, ist das Vertrauen auf seine Treue zum Dreibunde ins Schwanken gekommen. Als drei Jahre später die Einverleibung von Bosnien und der Herzegowina Serbien gegen Oesterreich-Ungarn in Harnisch brachte und zu einem Krieg Veranlassung zu geben schien, der ganz Europa in seine Kreise zu ziehen drohte, da versagte Italien dem Verbündeten nicht nur seine Hilfe, nein, da rüstete es und bereitete seine Armee für den Kampf vor, um ihm in den Rücken zu fallen, wenn er, durch Serben und Tschechen von Nord und Süd angegriffen, nicht imstande sein würde, auch in Tirol mit hinreichenden Streitkräften aufzutreten. Es geht dort die Rede, daß dieser schwache Punkt durch deutsche Truppen würde verteidigt worden sein, sobald es zum Kriege gekommen wäre. Das damals verbreitete Gerücht von dem beabsichtigten Treubruch Italiens wurde aber neuerdings gelegentlich der Mobilisierung der nach Tripolis gesandten Truppen leider im vollsten Maße bestätigt. Zur Einberufung italienischer Reservemannschaften wurden Druckformulare benutzt, bei denen einzelne Stellen mit Papier überklebt waren. Die Papierstreifen ließen sich leicht entfernen, und da zeigte sich, daß diese Einberufungsordern das Datum von 1909 trugen und eine allgemeine Mobilisierung verfügten, während jetzt nur teilweise mobilisiert wurde. Der österreichische Generalstab wird durch die nachträgliche Bekanntgabe der italienischen Mobilisierungsabsichten vom Jahre 1909 wohl weniger überrascht worden sein, als durch die Ungeniertheit, mit der die italienische Heeresleitung jetzt ihre Karten aufdeckt und offen zugibt: „Ja, wir haben vor zwei Jahren beabsichtigt, die günstige Lage auszunutzen, um uns des Trentino zu bemächtigen."

Dieser Treubruch muß das Band zerreißen, das bisher Italien an das Deutsche Reich und an Oesterreich-Ungarn gefesselt hat, ganz abgesehen davon, daß auch der neueste Streich Italiens, das Vorgehen in Tripolis, durchaus nicht in Formen ausgeführt wurde, wie sie das Verhältnis zu den verbündeten Staaten erfordert hätte. Auch beweist das Gebaren der Italienisch sprechenden Bevölkerung des Trentino nur zu deutlich, worauf man hinaus will. Es wurde ein Komitee, mit dem Grafen Maximilian Manci an der Spitze, gebildet, das zur Sammlung einer „Nationalspende des Trentino" für die in Tripolis verwundeten italienischen Soldaten auffordert und unter anderem sagt: „Im gegenwärtigen historischen Moment müssen die Bewohner von Welschtirol sich eins fühlen mit der italienischen Nation. Niemand, der stolz darauf ist, ein Italiener zu sein, bleibe zurück, wenn es gilt, denen sich dankbar zu erweisen, die ihr Leben in die Schanze schlagen für den Ruhm des italienischen Namens, der auch unser Name ist." Am Dantoplatz in Trient werden Demonstrationen für Italien gegen Oesterreich veranstaltet, in den Schulen erzählen die Lehrer ihren Schülern von den Heldentaten ihrer italienischen Brüder, und in den Kinotheatern erregen die Aufnahmen vom tripolitanischen Kriegsschauplatz frenetischen Jubel. In das „Evviva Italia!" mischen sich die Klänge der Garibaldi-Hymne.

Unter solchen Umständen ist es wohl erklärlich, daß sich die Aufmerksamkeit der italienischen Grenze und im besonderen Tirol zuwendet. Vergegenwärtigt man sich die Karte des Kaiserstaates, so sieht man Tirol und Vorarlberg aus dem ganzen Länderkomplex halbinselartig nach Westen vorspringen. Diese Halbinsel hat 260 Kilometer Länge und 200 Kilometer Breite, an der Wurzel aber nur 100 Kilometer Breite. Sie wird von Ost nach West durch die kristallinischen Zentralalpen und die ihnen parallel laufenden nördlichen und südlichen Kalkalpen durchzogen. Zwischen diesen drei Gebirgszügen laufen zwei Längstäler, auf deren Benutzung die beiden Eisenbahnlinien angewiesen sind, die Tirol mit Oesterreich verbinden, Bruck-Wörgl und Villach-Franzensfeste. Winkelrecht zu ihnen übersteigt nur die Brennerbahn auf dem Wege von Innsbruck bis zur Spitze des Trentino die unwegsame Barriere der Zentralalpen. Die neuerdings erbaute Tauernbahn durchbohrt sie just an der Wurzel der Halbinsel und kommt weniger für die Verteidigung von Tirol als von Kärnten zur Sprache.

Die geographischen Verhältnisse sind, wie ersichtlich, für die Verteidigung nicht gerade günstig, und um so ungünstiger, als die südliche der beiden Verbindungsbahnen, die im Pustertal entlangläuft, stellenweise nur durch einen schmalen Gebirgsrücken vom italienischen Gebiet getrennt ist und sich ihm bis auf 7 Kilometer nähert. Südlich dieser Linie, die über Bozen und Meran in Untertschgau ihre Fortsetzung findet, erstreckt sich in dreieckiger Form das Trentino, das eigentliche Objekt der italienischen Begierden. Auf der westlichen Seite des Dreiecks läuft die Grenze über mächtige, unwegsame Gebirgsmassen, deren spärliche Pässe leicht zu sperren und zu verteidigen sind. Desto mehr bedroht ist die östliche Seite, die, häufig von Bergzug zu Bergzug überspringend, quer durch die Dolomiten sich hinzieht. Ihr gegenüber haben die Italiener sich in einer Erweiterung des Piavetals, im Becken von Pieve di Cadore, ein befestigtes Lager geschaffen, aus dem zwei Wege (von S. Stefano durch das Padolatal über den Kreuzberg, und von Lorenzago über Auronzo und den Misurinasee) zum Pustertal und einer (im Boitetal aufwärts) nach Cortina d'Ampezzo führt. Ein von hier ausgehender Vorstoß kann entweder die Pustertalbahn abschneiden oder direkt gegen die im Eisacktal verlaufende Brennerbahn gerichtet werden, wodurch das ganze Trentino der Verbindung beraubt würde.

Wenn nun auch in den letzten Jahren durch Befestigung von Trient und der wichtigsten Dolomitenpässe sowie durch Straßen- und Schienenbahnanlagen sekundärer Bedeutung viel für die Verteidigung Tirols getan worden ist, so bleiben immer die ungünstigen Verbindungen ein Hindernis für die etwa notwendig werdende schleunige Verstärkung der in Tirol stehenden Truppen. Für deutsche Truppen wäre es um vieles leichter, nach Tirol zu gelangen. Es scheint aber, als wenn Oesterreich hierauf nicht mit Bestimmtheit rechnete, da die Verhältnisse Deutschland auch einmal zwingen könnten, seine Korps unvermindert selbst zur Verfügung zu haben. Schon 1910 wurde noch ein Jägerbataillon nach Tirol verlegt, für 1912 ist aber eine beträchtliche Vermehrung der Truppen und Garnisonen bereits verfügt. Das in Innsbruck stehende 14. Korps wird um 6 Bataillone verstärkt und auch im übrigen die italienische Grenze stärker besetzt.

England als Weltenrichter.

Am 20. Juli 1858 war es zwischen Kaiser Napoleon und Cavour verabredet worden, daß Savoyen an Frankreich falle, wenn Oberitalien zu einem Königreich vereinigt werde. Der Kaiser reichte im Frühjahr 1860 seine Rechnung ein: mit dem Stammland des Königshauses wurde Nizza preisgegeben. Der Nachfolger Cavours im einigen Italien, Giolitti, scheint bei dem neuen Handel, der jetzt im Gange ist, gar nicht in die Erscheinung treten zu sollen. England erhält seinen Lohn aus der Hand des türkischen Reichs. Dieses hat die Strecke von der ägyptischen Grenze bis zur Bucht von Solum samt dem Hinterlande bis zum Abschluß des italienisch-türkischen Krieges an Aegypten „abgetreten". Spätere endgültige Regelung bleibt vorbehalten. Wofür wird sie bestehen: Das Land wird weder türkisch, noch ägyptisch, noch italienisch, sondern englisch sein. 1859 erhielt Napoleon den Lohn für Waffenhilfe, die er dem Königreich Sardinien gegen Oesterreich hatte zuteil werden lassen. England erhält seinen Lohn dafür, daß es nichts getan hat. Es hat die Hand nicht zu rühren brauchen; Italien legte sofort, als England es forderte, den östlichen Punkt der tripolitanischen Blockadelinie einige hundert Kilometer weiter westwärts.

Italien wird also in dem günstigen Falle nicht davonerhalten, wofür es strebte, als es über das Meer nach Tripolis zog. Etwa 350 Kilometer lang rechnet man die Strecke, die England jetzt in Aegypten in Anspruch nimmt. Tobruk soll kein italienisches Biserta werden, England duldet es nicht. Umgekehrt soll Solum ein englisches Biserta werden und so soll von Tunis und Aegypten aus das afrikanische Neuitalien eingezwängt werden. Italien wird ingrimmig in den Zügeln knirschen. So war es auch, als Savoyen und Nizza dahingegeben wurden. Auf das Haupt Cavours regnete es Flüche, Garibaldi wollte es dem großen Italiener nie verzeihen. Und doch focht er mit seinen Kriegern schon 1870/71 auf der französischen Seite gegen Deutschland und die Verbrüderung der „lateinischen" Völker wird bei jedem sich bietenden Anlasse auf italienischen Boden gefeiert. Savoyen und Nizza stehen nicht trennend dazwischen. Nach einem Ausspruch Treitschkes wurde durch die Siege Preußens in Böhmen Venedig für Italien gewonnen, durch die Siege von Metz und Sedan die Schlüssel der ewigen Stadt überreicht; dieses glückhafte, durch keinen Verlust bezahlte Zusammenarbeiten zwischen Italien und dem neuen Deutschland wurde mißachtet und die Ländergier Napoleons vergessen.

So sieht denn das Jahr 1911 noch einen neuen Ruhm Englands. Im Juli hat England den Deutschen sein „Hände weg von Marokko" zugerufen,

SLUB
Wir führen Wissen.